



---

## N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 21. März 2022**, im Milchwerk Radolfzell, Großer Saal, Werner-Messmer-Straße 14, 78315 Radolfzell.

**Beginn: 15:30 Uhr**

**Ende: 18:05 Uhr**

### TAGESORDNUNG

<b>TOP</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Drucksache-Nr.</b>
1.	<b>Genehmigung der Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung des Kreistags am 20. Dezember 2021</b>	
2.	<b>Änderung in der Besetzung des Kreistags;</b> a) Ausscheiden von Herrn Kreisrat Rupert METZLER/Nachfolgeregelung b) Feststellung eventuell vorliegender Hinderungsgründe bei Herrn Stefan SCHMIDT c) Verpflichtung des nachrückenden Mitglieds d) Regelung der Nachfolge in der Besetzung der Gremien	<b>2022/045</b>
3.	<b>Änderung in der Besetzung des Kreisjugendhilfeausschusses;</b> Ausscheiden und Nachwahl eines Mitglieds (Jugendverband)	<b>2021/379</b>
4.	<b>Änderung in der Besetzung der Kunststiftung des Landkreises Konstanz;</b> Wechsel im Kuratorium bei der Partei DIE LINKE	<b>2022/063</b>
5.	<b>Entwicklung einer Sozialstrategie für den Landkreis Konstanz;</b> Benennung von Stellvertretungen für die Lenkungsgruppe	<b>2022/060</b>
6.	<b><u>Migration und Integration im Landkreis Konstanz</u></b>	
6.1.	<b>Migration und Integration im Landkreis Konstanz;</b> Entwicklung seit 2015	<b>2022/013</b>
6.2.	<b>Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen;</b> Sachstandsbericht	<b>2022/012</b>
6.3.	<b>Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten;</b> Sachstand Schutzsuchende aus der Ukraine und personelle Auswirkungen	<b>2022/070</b>

<b>TOP</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Drucksache-Nr.</b>
<b>6.4.</b>	<b>Umgang mit nicht benötigten Mitteln in Höhe von 200.000 EUR;</b> Antrag der FDP-Fraktion	<b>2022/071</b>
<b>6.5.</b>	<b>Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten;</b> Gemeinschaftsunterkunft Reichenau	<b>2022/053/1</b>
<b>7.</b>	<b><u>Klimaschutz im Landkreis Konstanz</u></b>	
<b>7.1.</b>	<b>Vorstellung neues Amt für Klimaschutz und Kreisentwicklung</b>	<b>2022/068</b>
<b>7.2.</b>	<b>Integriertes Klimaschutzkonzept;</b> Gründung und Besetzung der Steuerungsgruppe	<b>2022/059</b>
<b>7.3.</b>	<b>Klimaneutrale Kommunalverwaltung</b>	<b>2022/010/1</b>
<b>7.4.</b>	<b>Klimaschutzpreis Landkreis Konstanz;</b> Benennung der Jury-Mitglieder aus den Fraktionen und Expertise der Energieagentur Kreis Konstanz gGmbH	<b>2022/058</b>
<b>8.</b>	<b>Einführung eines landesweit gültigen Jugendtickets (365 EUR Ticket)</b>	<b>2022/003/1</b>
<b>9.</b>	<b>Neufassung Abfallwirtschaftssatzung</b>	<b>2022/001</b>
<b>10.</b>	<b>EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen;</b> 1. Sammlung, Transport und Entsorgung von Problemstoffen aus privaten Haushaltungen im Landkreis Konstanz 2. Containerstellung, Übernahme und Transport von Abfällen und Verwertung von Wertstoffen (Wertstoffhof Singen-Rickelshausen)	<b>2022/072</b>
<b>11.</b>	<b><u>Digitalisierung im Landratsamt Konstanz</u></b>	
<b>11.1.</b>	<b>Digitalisierung im Landratsamt Konstanz;</b> Umsetzungsbericht der Jahre 2020 ff.	<b>2022/031</b>
<b>11.2.</b>	<b>Masterplan Digitalisierung;</b> Roadmap für die Jahre 2022 ff.	<b>2022/032</b>
<b>12.</b>	<b>Bürgerfragestunde (ca. 17 Uhr)</b>	
<b>13.</b>	<b>Mitteilungen</b>	
<b>13.1.</b>	<b>Verleihung „Inklusionspreis Landkreis Konstanz“</b>	<b>2021/360</b>
<b>13.2.</b>	<b>Kreishaushalt 2021;</b> Budgetbericht zum 31. Dezember 2021 (vorläufiges Jahresergebnis)	<b>2022/040</b>
<b>14.</b>	<b>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</b>	
<b>14.1.</b>	<b>Gründung eines Aufgabenträgerverbundes ÖPNV;</b> Auftrag an Verwaltung, mit Städten über Beteiligung zu verhandeln	
<b>14.2.</b>	<b>Schwarzwaldbahn - aktuelle Situation;</b> Bitte Kreisrat Dr. Geiger	
<b>14.3.</b>	<b>Weitere Beschlussfassung Berufsschulzentrum Konstanz;</b> Antrag FW-Fraktion	

### **Anwesend**

**Danner**, Zeno, Landrat und Vorsitzender

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

**66 Kreisrätinnen und Kreisräte**

### **Entschuldigte:**

**Maier**, Bernhard

**Mors**, Benjamin

**Pschorrr**, Simon

**Schneble**, Martin

**Seitzl**, Lina, Dr., MdB

**Wehrle**, Pius

**Zindeler**, Florian

### **Teilnahme an der Sitzung ab einem späteren Zeitpunkt/ vorzeitiges Verlassen der Sitzung:**

**Both-Pföst**, Hubertus, Dr. (bis 17:55 Uhr)

**Burchardt**, Uli (bis 16:00 Uhr)

**Eisenhut**, Bernhard (MdL) (bis 16:50 Uhr)

**Häusler**, Bernd (bis 18:00 Uhr)

**Schäuble**, Martin (bis 17:25 Uhr)

**Schrott**, Walafried (bis 17:55 Uhr)

**Streit**, Willi (bis 17:55 Uhr)

**Wehinger**, Dorothea, MdL (bis 17:50 Uhr)

### **Von der Verwaltung nehmen teil**

**Gärtner**, Philipp, ELB

**Basel**, Stefan

**Bendl**, Ralf (TOP 8)

**Best**, Florian

**Bittermann**, Jens

**Bürger-Hermann**, Anja

**Gnädinger**, Andrea (TOP 6)

**Kleinicke**, Barbara

**Kruthoff**, Simone

**Lieby**, Günther (TOP 11)

**Neugebauer**, Boris

**Nops**, Harald

**Pellhammer**, Marlene

**Roth**, Katrin, Dr.

**Schulz**, Gebhard

**Seidl**, Karin

### **Protokoll**

**Hoffmann**, Vera

Der **Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder des Kreistags, die Zuhörerinnen und Zuhörer, sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Weitere Ausführungen des **Vorsitzenden**:

In der heutigen nicht öffentlichen Sitzung hat sich der Kreistag kurz über die Ergebnisse des Struktur- und Wirtschaftlichkeitsgutachtens zum Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN) ausgetauscht. Es besteht große Einigkeit darüber, dass man mit dem am 11. März 2022 erstmals vorge-

stellten Gutachten gut arbeiten kann.

Gleichzeitig sind für den weiteren Weg noch viele zu klärende Fragen offen. Alle Fraktionen sind sich über eine gute und adäquate Einbindung der Bürgerschaft einig. Dazu sind öffentliche Informationsveranstaltungen geplant. Dabei geht es nicht darum, vorgefertigte Entscheidungen nicht öffentlich zu treffen und diese dann zu verkünden. Vielmehr geht es darum, eine gute und wohnortnahe medizinische Versorgung für Kreiseinwohnerinnen und -einwohner anzubieten.

Ein allgemein gefasster Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Kreistags im Mai 2022 gefasst.

Die Fraktionen geben in der Reihenfolge der Fraktionsgrößen kurze Statements dazu ab:

CDU-Fraktion, Kreisrat **Hoffmann**

Der Kreistag hat sich bisher dadurch ausgezeichnet, dass er beim Thema Krankenhaus über viele Jahrzehnte hinweg immer die Sicherung der bestmöglichen Versorgung der Kreisbevölkerung im Auge hatte. So kam der GLKN damals vor zehn Jahren aus einer Krisensituation heraus zustande. Es ist bekannt, dass es im Bereich der Finanzen und im Bereich der Personalmenge Probleme gibt. Der Landkreis steht weiterhin zur kommunalen Lösung und die verantwortlichen Beteiligten haben daher ein Gutachten zur weiteren Reise des GLKN in Auftrag gegeben, das nun vorliegt.

Das Gutachten ersetzt keine Verantwortung politischer Gremien, sondern ist ein Werkzeug, das den Gremien an die Hand gegeben wurde. Jetzt muss das weitere Vorgehen geklärt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die beteiligten Kommunen dürfen erwarten, dass der Kreistag sich in Ruhe mit dem Gutachten beschäftigen wird. Sodann wird man einen Zeitplan aufstellen, aus dem hervorgehen wird, wann was beraten und umgesetzt wird und wie die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden.

Alle Fraktionen konnten mit Fragen zum Gutachten beitragen. Es wurden keine Festlegungen im Vorfeld getroffen. Die Gutachter konnten vorbehaltlos an das Thema rangehen. Die Gremien hatten im Voraus keine Kenntnis und es gab im Voraus keine Absprachen.

Tenor des Gutachtens ist, dass es unterschiedliche Krankenhausstandorte gibt, die teilweise sehr modern und teilweise in die Jahre gekommen sind. Doppelstrukturen konnten in den letzten 10 Jahren nicht beendet werden.

Der CDU-Fraktion ist es sehr wichtig, dass die Krankenhäuser im Landkreis Konstanz modern hinsichtlich der Einrichtung, der Arbeitsweisen und der angewandten Methoden sind. Genauso wichtig ist es, dass die Mitarbeitenden gerne in den Krankenhäusern arbeiten.

GRÜNE-Fraktion, Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Man ist sich im Großen und Ganzen einig, warum das Gutachten in Auftrag gegeben wurde. Man ist sich auch einig, dass es Zeit braucht, um sich mit dem Gutachten gut auseinanderzusetzen.

Durch die Berichterstattung über die erste Veranstaltung wurden unterschiedliche Emotionen in der Bevölkerung hervorgerufen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen darüber informiert werden, was passieren soll und wie es weitergehen wird. Das ist ein Prozess, der jetzt in Gang gebracht wird.

Das Gutachten ist sehr komplex. Daher ist es gut und richtig, dass das Gutachten in einer geeigneten und verständlichen Form veröffentlicht wird.

Die GRÜNE-Fraktion wird sich weiterhin für eine kommunale Lösung einsetzen.

Freie Wähler-Fraktion, Kreisrat **Staab**

Das Gesundheitswesen muss modern und zukunftssicher aufgestellt sein. Für die FW-Fraktion ist das Gutachten eine gute Grundlage für tragfähige Zukunftsentscheidungen. Die noch offenen Fragen

müssen vor endgültigen Entscheidungen über mögliche Neubauten oder Sanierungen und über mögliche Standorte geklärt werden. Das soll jedoch nicht bedeuten, dass dadurch der Prozess verzögert werden soll.

Es ist wichtig, nicht nur bis 2030, sondern bis über drei Generationen zu denken und langfristig zu planen. Dabei muss man über alle Vorschläge des Gutachtens intensiv nachdenken. Grundsätzlich steht die FW-Fraktion ebenfalls für die kommunale Lösung, die aber auch wirtschaftlich tragfähig sein muss.

SPD-Fraktion, Kreisrat **Schreier**

Die SPD-Fraktion teilt die Haltung, das Gesundheitswesen in kommunaler Trägerschaft zu behalten.

Es stellt sich die Frage, wie man die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis gut einbindet könnte. Dazu hat die SPD-Fraktion den Vorschlag einer umfassenden Beteiligung in Form eines Bürgerforums unterbreitet, die sich nicht ausschließlich auf reine Info beschränkt. Eine Einschätzung der Bürgerschaft wird wie das Gutachten als ein gutes Werkzeug zur weiteren Entscheidungsfindung gesehen.

Das Bürgerforum aus zufällig ausgewählten Personen soll einen Empfehlungsbericht formulieren, über den dann der Kreistag als gewähltes Gremium entscheiden würde.

FDP-Fraktion, Kreisrat **Dr. Geiger**

Das gut strukturierte und fundierte Gutachten trägt dazu bei, dass die anstehenden Entscheidungen in allen erforderlichen Gremien bei allen verständlichen Emotionen auf Realitäten und Fakten basiert sein werden. Die finanzielle Situation zwingt uns dazu, schnell zu entscheiden.

Der Grundsatzbeschluss, mit welcher Variante alle beteiligten Kommunen das Ziel weiterverfolgen können, könnte bereits im Mai gefasst werden.

Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger alle entsprechenden Informationen erhalten. In welcher Weise eine Beteiligung sinnvoll wäre, muss noch geprüft werden.

LINKE-Fraktion, Kreisrätin **Dr. Röth**

Das Gutachten ist komplex und es sind noch Fragen offen.

Eine Bürgerbeteiligung muss über den gesamten Landkreis erfolgen. Wenn wir eine Meinungsbildung und einen Dialog ermöglichen wollen, passt es aus meiner Sicht nicht, bereits im Mai einen Grundsatzbeschluss zu treffen.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass der Oberbürgermeister der Stadt Radolfzell, Herr **Gröger**, an der ersten nicht öffentlichen Aussprache des Kreistags über das Gutachten ebenfalls teilgenommen hat. Zudem wurden auch die Mitarbeitenden des GLKN über das Ergebnis des Gutachtens informiert.

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

#### 1. Genehmigung der Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung des Kreistags am 20. Dezember 2021

Der **Vorsitzende** verweist auf die vorliegende Niederschrift.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

#### Beschluss (einstimmig):

**Die Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung des Kreistags am 20. Dezember 2021 wird genehmigt.**

**2. Änderung in der Besetzung des Kreistags;**

- a) Ausscheiden von Herrn Kreisrat Rupert METZLER/Nachfolgeregelung**
- b) Feststellung eventuell vorliegender Hinderungsgründe bei Herrn Stefan SCHMIDT**
- c) Verpflichtung des nachrückenden Mitglieds**
- d) Regelung der Nachfolge in der Besetzung der Gremien**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Zu c)

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht alles Gute auf dem weiteren Lebensweg. Anschließend erfolgt die Übergabe der URKUNDE und des GLASWAPPENS des Landkreises Konstanz.

Nach dieser Verabschiedung erfolgt die Verpflichtung von Herrn **Stefan Schmidt** durch den **Vorsitzenden**:

*„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das der in ihm lebenden Menschen nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe“.*

Der **Vorsitzende** verpflichtet Kreisrat **Schmidt** per Handschlag, überreicht ihm ein Präsent des Landkreises und wünscht ihm für das Mandat viel Erfolg.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

**Beschluss (einstimmig):**

**Zu a)**

Es wird festgestellt, dass bei Herrn Kreisrat Rupert METZLER, Hilzingen, der Verlust der Wählbarkeit zum 1. März 2022 eingetreten ist. Dem Ausscheiden aus dem Kreistag zum genannten Zeitpunkt wird zugestimmt.

**Zu b)**

Es wird festgestellt, dass bei Herrn Stefan SCHMIDT, Reichenau, keine Hinderungsgründe nach § 24 der Landkreisordnung Baden-Württemberg (LKrO BW) vorliegen.

**Zu d)**

Den von der Fraktion der FDP vorgeschlagenen Änderungen im Zuge der Neubesetzung der Gremien gemäß Anlage 2 zur Sitzungsvorlage wird im Wege der Einigung zugestimmt.

Die übrige Zusammensetzung der Gremien wird ganzheitlich bestätigt.

**3. Änderung in der Besetzung des Kreisjugendhilfeausschusses;  
Ausscheiden und Nachwahl eines Mitglieds (Jugendverband)**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

**Beschluss (einstimmig)**

- 1. Dem Ausscheiden von Herrn Maximilian PAULI aus dem Kreisjugendhilfeausschuss (stimmberechtigtes Mitglied der Jugendverbände) wird zugestimmt.**

2. Der Kreistag bestellt Herrn Thorben KLEEH als Nachfolger von Herrn Maximilian PAULI als stimmberechtigtes Mitglied der Jugendverbände in den Kreisjugendhilfeausschuss.
3. Die übrige Zusammensetzung des Gremiums wird ganzheitlich bestätigt.

4. Änderung in der Besetzung der Kunststiftung des Landkreises Konstanz;  
Wechsel im Kuratorium bei der Partei DIE LINKE

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Dem Ausscheiden von Frau Kreisrätin BEHLER (Mitglied der Partei DIE LINKE) aus dem Kuratorium der Kunststiftung Landkreis Konstanz wird zugestimmt.
2. Herr Dr. Johann-Peter Regelmann aus Konstanz wird als Nachfolger von Frau BEHLER für die Partei DIE LINKE in das Kuratorium der Kunststiftung berufen.

5. Entwicklung einer Sozialstrategie für den Landkreis Konstanz;  
Benennung von Stellvertretungen für die Lenkungsgruppe

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die stellvertretenden Mitglieder in der Lenkungsgruppe Sozialstrategie werden gemäß den Vorschlägen der Fraktionen benannt.

*Nachrichtlich:*

<u>Fraktion</u>	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertretung</u>
CDU	Hoffmann, Andreas	Röwer, Marcus
GRÜNE	Kreitmeier, Christiane, Dr.	Wehinger, Dorothea, MdL
Freie Wähler	Zoll, Wolfgang, Dr.	Both, Hubertus, Dr.
SPD	Volz, Tobias	Sarikas, Zahide
FDP	Keck, Jürgen	Graf, Boris
DIE LINKE	Röth, Sibylle, Dr.	Pschorr, Simon

6. Migration und Integration im Landkreis Konstanz

6.1. Migration und Integration im Landkreis Konstanz;  
Entwicklung seit 2015

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage

Kreisrätin **Sarikas**

Entspricht die auf Seite 7 des Berichts aufgeführte Schutzquote dem Bundesdurchschnitt?

Auf Seite 21 wird die Kriminalitätsrate erwähnt. Wie viele Übergriffe gab es auf Geflüchtete?  
Herr **Basel** sichert zu, diese detaillierten Fragen im Nachgang zur Sitzung schriftlich zu beantworten.

## **6.2. Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen; Sachstandsbericht**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Basel** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Sarikas**

Können Kinder von geflüchteten afghanischen Ortskräften mittlerweile beschult werden?

Frau **Gnädinger**

Personen aus dem afghanischen Ortskräfteverfahren können in der Regel zügig in eine Anschlussunterbringung umziehen. Daher ist es nicht sinnvoll, die Kinder bereits vorab in eine Schule zu schicken, wenn sie sich innerhalb kürzester Zeit an eine neue Schule umgewöhnen müssen. In den Gemeinschaftsunterkünften vor Ort wurden Deutschkurse organisiert.

Kreisrätin **Sarikas**

Die Wohnsituation im Landkreis Konstanz ist prekär. Es ist unsicher, ob diese Personen überhaupt eine Anschlussunterkunft finden. Bis dahin kann nicht mit der Beschulung gewartet werden.

Kreisrätin **Dr. Röth**

Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Integration in den Regelunterricht ist nicht bekannt. Könnte das Thema, wie die Beschulung von Kindern in Flüchtlingsunterkünften funktioniert, im regelmäßigen Sachstandsbericht mit aufgenommen werden?

Frau **Gnädinger** sichert zu, dieses Anliegen mitzunehmen.

## **6.3. Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten; Sachstand Schutzsuchende aus der Ukraine und personelle Auswirkungen**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Gärtner** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Wurde darüber nachgedacht, den geflüchteten Jugendlichen aus der Ukraine Beschulung an den Beruflichen Schulen im Landkreis anzubieten?

Die genannte Schätzung der Flüchtlingszahlen erscheint realistisch. Die Geflüchteten aus der Ukraine sind jedoch voller Hoffnung, dass sie wieder in ihr Land zurückkehren können. Die dortigen Städte sind allerdings so zerbombt, dass eine schnelle Rückkehr nicht möglich sein wird.

Kreisrätin **Dr. Röth**

Der Einsatz von mehr Sozialpädagogen würde in dieser Situation nicht schaden.

Kreisrat **Baumert**

In den Gemeinschaftsunterkünften (GU) des Landkreises wohnen bislang alleinstehende Männer. Nun kamen aus der Ukraine überwiegend Mütter und Säuglinge. Die Ausstattung der GUs passt derzeit nicht für Mütter und Kleinkinder und sollte angepasst werden.

### Kreisrat **Zähringer**

Für das Berufsschulzentrum in Radolfzell wurde in Absprache mit anderen Beruflichen Schulen eine VABO-Klasse (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen) beim Regierungspräsidium (RP) beantragt und bereits genehmigt.

Es ist auch geplant, ukrainische Lehrkräfte einzusetzen. Zudem macht man sich Gedanken über die möglichen Unterrichtsthemen. Die Frage ist, ob es auch um Integration gehen wird. Momentan geht es erst einmal ums "Ankommen" und um den jugendpsychologischen Dienst.

### Kreisrätin **Sarikas**

Werden auch Sporthallen als vorübergehende Unterkunft eingeplant? Das ist nicht gewollt.

### **Vorsitzender**

Hallen werden vorbereitet, weil man sich auf eine große Zahl von Geflüchtete vorbereitet. Das soll nur eine Durchgangsstation sein, aber anders schafft man es aktuell nicht.

### Kreisrat **Weckbach**

Die Geflüchteten werden im Landkreis Konstanz auf eine angespannte Wohnsituation treffen. Hier wird dringend Erleichterung benötigt. Für Neubauten dauern die Genehmigungsverfahren zu lange. Wichtig wäre, Verfahren überall dort zu kürzen, wo man kürzen kann.

Zudem ist schnelle Integration wichtig, denn die Förderung einer Subkultur wäre nicht richtig.

### Kreisrätin **Weber-Bastong**

Ukrainische Schülerinnen und Schüler werden von ihren Lehrerinnen und Lehrern aus der Ukraine digital unterrichtet. Daher ist gut funktionierendes W-LAN in den GUs erforderlich.

### Kreisrat **Prof. Dr. Luick**

In der Bevölkerung besteht große Bereitschaft, den Geflüchteten privaten Wohnraum anzubieten. Es fehlen jedoch noch offizielle Informationen zu den vielen Fragen.

Könnte darüber auf den Internetseiten des Landratsamtes und der Kommunen mehr informiert werden?

### Herr **Gärtner**

Das Landratsamt hat bereits Informationsbriefe zu den Themen Ausländerrecht und Leistungsgewährung an die Gemeinden versandt. Hier kann gerne noch nachgesteuert werden.

Herr **Basel** ergänzt, dass die Informationen noch auf der Homepage des Landratsamtes gebündelt werden.

### **Vorsitzender**

Auch die personelle Herausforderung ist immens. Es wird daher auf den von der Verwaltung geänderten Beschlussvorschlag hingewiesen.

Der Kreistag fasst folgenden

### **Beschluss (einstimmig):**

1. **Im Amt für Migration und Integration werden im Zuge des Ukraine-Krieges folgende personelle Aufstockungen anhand der vorhandenen Fallschlüssel vorgenommen:**

**Referat Unterbringung, Funktion Heimleitung: 1 VZÄ / 260 Personen**

**Referat Unterbringung, Funktion Sekretariat: 1 VZÄ / 175 Personen**

**Referat Unterbringung, Funktion Hausmeisterservice: 1 VZÄ / 200 Personen**

**Referat Sozialer Dienst, Funktion Sozialpädagoge/in: 1 VZÄ / 110 Personen**

**Referat Leistung, Funktion Sachbearbeitung: 1 VZÄ / 130 Bedarfsgemeinschaften  
sowie 1 VZÄ / 80 beendete Fälle im Jahr**

**Zusätzlich werden zwei Stellen für die Koordination und Administration sowie zur  
Unterstützung der Amtsleitung und Referatsleitungen besetzt.**

2. **Im Ordnungsamt werden im Zuge des Ukraine-Krieges folgende personelle Aufstoc-  
kungen vorgenommen:**

**Referat Ausländerbehörde, Funktion Sachbearbeitung: 1 VZÄ**

**Referat Ausländerbehörde, Funktion Bedienung PIK-Station: 1 VZÄ (Abhängig von  
Anschaffung einer weiteren Station)**

3. **Die Einstellungen sollen möglichst befristet auf 2 Jahre vorgenommen werden. Falls  
dies nicht möglich ist, werden die Stellen unbefristet ausgeschrieben und besetzt. So-  
bald es die Situation zulässt, werden die eingestellten Personen in andere Fachämter  
auf reguläre Stellen umgesetzt.**
4. **Die Einstellungen sollen im Vorgriff zum Stellenplan 2023 vorgenommen werden. Im  
Zuge der Haushalts- und Stellenplanung 2023 wird erhoben und festgelegt, ob durch  
den Ukraine-Krieg Bedarf an zusätzlichen Stellenschaffungen im Stellenplan 2023 ent-  
steht. Bis dahin sollen die Besetzungen möglichst über temporär freie Stellenanteile im  
Stellenplan vollzogen werden.**
5. **Die Verwaltung informiert das Gremium laufend über den aktuellen Stand der Beset-  
zungen und über Bedarfe in anderen Fachämtern.**

#### **6.4. Umgang mit nicht benötigten Mitteln in Höhe von 200.000 EUR;**

##### **Antrag der FDP-Fraktion**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Dr. Geiger** erläutert den Fraktionsantrag.

Nachdem durch Beschluss des Technischen und Umweltausschusses die im Haushalt einge-  
stellten 200.000 EUR für Luftentkeimungsgeräte in den Regionalbussen frei geworden waren,  
hatten die FDP-Fraktion den Antrag formuliert, die 200.000 EUR zur Verringerung der Schul-  
denaufnahme einzusparen.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse in der Ukraine wurde ein Alternativantrag unter dem Titel  
„Notopfer Ukraine“ gestellt. Nach Auffassung der Fraktion sollten die Mittel nicht mit der  
Gießkanne verteilt werden, sondern in einem konkreten Projekt Verwendung finden. Wir  
sollten dort helfen, wo die vielen privaten und staatlichen Hilfen nicht greifen.

Dies muss nicht unbedingt im Landkreis sein, sondern könnte auch direkt zur Wiederaufbau-  
hilfe in der Ukraine eingesetzt werden.

##### **Vorsitzender**

Die unmittelbare Hilfe vor Ort wird schwierig, da es schwierig wird, entsprechende Projekte  
in der Ukraine zu finden. Wiederaufbauhilfe wäre ebenfalls denkbar.

##### **Kreisrat Baumert**

Die SPD-Fraktion steht hinter dem alternativen Beschlussvorschlag. Die finanzielle Hilfe sollte

im Landkreis verteilt werden. Wäre es denkbar, mit diesem Fonds die freien Träger im Landkreis zu unterstützen? Diese könnten sich mit entsprechenden Projekten bewerben.

**Kreisrat Staab**

Es besteht großes Verständnis für das Engagement. Jedoch gibt es auch Bedenken, denn der Bund hat bereits zugesagt, die ersten sechs Monate für die Geflüchteten aus der Ukraine zu zahlen. Das Thema ist insgesamt noch zu unkonkret.

**Kreisrat Häusler**

Der Vorschlag der Verwaltung ist gut und man wird ggf. ein Projekt finden, das die Bildung und Betreuung von Kleinkindern fördert. Dazu gibt es ggf. auch private Initiativen. Die Unterstützung sollte direkt vor Ort bleiben.

**Vorsitzender**

Die Anregung, ggf. die freien Träger anzuschreiben, wird mitgenommen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

**Beschluss (einstimmig, 2 Enthaltungen):**

**Der Landkreis Konstanz bildet im Teilhaushalt 3 einen Ukraine-Sonderfonds zur Unterstützung der aus der Ukraine Geflüchteten im Landkreis Konstanz in Höhe von 200 000 EUR.**

**Sollte eine Deckung innerhalb des Teilhaushalts 3 nicht möglich sein, werden die überplanmäßigen Aufwendungen aus dem positiven Jahresergebnis des Jahres 2021 gedeckt. Den überplanmäßigen Aufwendungen im Jahr 2022 in Höhe von bis zu 200.000 EUR wird bereits heute zugestimmt.**

**6.5. Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten;  
Gemeinschaftsunterkunft Reichenau**

*Kreisrat Dr. Zoll nimmt aufgrund Befangenheit weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung teil und begibt sich in den Zuschauerraum.*

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

**Kreisrat Kessler**

Es ist fraglich, ob man einen Quadratmeterpreis von 58 EUR Kaltmiete verantworten kann. Die FW-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

**Kreisrat Schmid**

Das eigentliche Problem sind nicht die 3,5 Mio. EUR, sondern die kurze Nutzungsdauer von fünf Jahren auf dem Grundstück der Reichenau. Denkbar wären zehn oder 15 Jahre. Das Angebot ist unwirtschaftlich und das RP wird nicht zustimmen.

**Frau Seidl**

Diese Fragen beschäftigen auch die Verwaltung. Vom RP gibt es noch keine Rückmeldung. Die Detailfragen stehen noch aus. Die Rückmeldung des RP ist allerdings Voraussetzung für das weitere Vorgehen.

Über die Laufzeit wird man mit der Gemeinde noch ins Gespräch kommen müssen. Für belastbare Antworten ist allerdings noch Zeit erforderlich.

### Kreisrat **Häusler**

Das Thema wurde ausführlich im Verwaltungs- und Finanzausschuss behandelt. Die Verwaltung hat den Auftrag erhalten, den Sachverhalt zu prüfen.

Der Kreistag ist heute außerstande, eine Entscheidung zu treffen.

Man sollte das Thema vertagen und dann im Mai abschließend beraten. Die CDU-Fraktion wird heute nicht zustimmen können.

### **Vorsitzender**

Das Problem ist, dass die 100 Plätze dringend benötigt werden. Ansonsten gehen zwei weitere Monate Zeit verloren. Wäre es denkbar, lediglich Ziffer 3 in der nächsten Sitzung des Kreistags zu beschließen?

### Kreisrat **Hirt**

Bis zur Klärung der Genehmigungsfähigkeit der genauen Berechnung sollte Ziffer 3 des Beschlussvorschlages abgesetzt und verschoben werden.

### Kreisrat **Baumert**

Das ist eine Zwickmühle, denn es muss jetzt schnell gehen, aber einige Punkte müssen unbedingt geklärt werden. Wie schnell kommt man an solche Container ran?

### Frau **Seidl**

Zurzeit ist es nicht einfach, an Container in Modulbauweise ranzukommen. Das könnte bis zu neun Monate dauern.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, über Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlages abzustimmen.

### Kreisrat **Staab**

Solange die noch offenen Fragen nicht geklärt sind, wird die FW-Fraktion nicht zustimmen. Eine Entscheidung Ende Mai könnte dennoch zu spät sein. Wurde mit der Gemeinde über eine Anschlussnutzung gesprochen?

Sobald die offenen Fragen geklärt sind, könnte der Kreistag den Verwaltungs- und Finanzausschuss bevollmächtigen, diese Entscheidung im Rahmen einer kurzfristigen Videositzung zu treffen.

*Kreisrat **Dr. Zoll** teilt, nachdem der Kreistag ihm das Rederecht erteilt hat, mit, dass der Gemeinderat über das Optionsrecht einer Verlängerung gesprochen hat. Die Gemeinde Reichenau wird voraussichtlich Bedarf an Anschlussunterbringungen haben.*

### Kreisrat **Schmid**

Das größte Problem sind die vielen Unklarheiten. Es ist gut, dass es ein gewisses Optionsrecht gibt. Man muss allerdings bei einem Bau auch mit einer längeren Nutzungsdauer wie beispielsweise 20 Jahren planen. Aber lediglich die Angabe von Gesamtkosten in Höhe von 3,5 Mio. EUR einzuplanen ohne ein entsprechendes Angebot ist zu wenig Information. Anhand eines konkreten Mietangebotes mit entsprechender Mietdauer könnte man eine Entscheidung treffen.

*Auf Nachfrage des **Vorsitzenden**, ob es Sympathie dafür gäbe, das Thema nach Klärung der Fragen im VFA zu beraten, ergibt sich keine zustimmende Rückmeldung aus dem Gremium.*

Mit der Gemeinde Reichenau wird nochmals über eine Nachfolgelösung nach den fünf Jahren (Verlängerung der Miete oder Übernahme der Container) gesprochen. Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung genommen.

### **Beschluss:**

**Die Beschlussfassung wird vertagt.**

**Die Verwaltung wird damit beauftragt, die noch offenen Fragen des Gremiums bis zur nächsten Sitzung des Kreistages zu klären.**

## **7. Klimaschutz im Landkreis Konstanz**

### **7.1. Vorstellung neues Amt für Klimaschutz und Kreisentwicklung**

Frau **Dr. Roth** berichtet mithilfe einer PowerPoint-Präsentation.

Die neue Klimaschutzmanagerin Frau **Fleschhut** ist krankheitsbedingt entschuldigt.

Kreisrat **Baumert**

Es wäre wünschenswert, auch die Vorstellungen und Ideen von Frau **Fleschhut** zum Thema Klimaschutz zu hören.

Es bestehen Bedenken, ob die Teilnahme am European Energy Award (eea) bereits in diesem Jahr möglich sein wird, denn das dazugehörige Arbeitsprogramm ist sehr umfangreich und betrifft auch viele andere Ämter.

Kreisrat **Staab**

Wahrscheinlich wird man nicht alle Aufgaben erledigt bekommen, die man sich für dieses Jahr vorgenommen hat. Die FW-Fraktion wird das neue Amt so gut es geht unterstützen. Im Zusammenspiel mit den Kommunen ist es besonders wichtig, gemeinsam gut koordiniert vorzugehen, um auch doppelte Arbeit zu vermeiden. Es darf auch nicht dazu führen, dass der Landkreis den Kommunen Vorschriften in diesem Bereich macht.

Kreisrat **Ellegast**

Hier muss man schneller vorankommen. Man hält sich momentan zu sehr mit Strukturen auf, das eigentliche Klimaschutzkonzept steht auf der Agenda zuunterst.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Es wäre wünschenswert, hier schneller voranzukommen. Der Landkreis kann nicht alles selber machen, aber viel koordinieren und begleiten, was dieser auch tun sollte.

Kreisrat **Schreier**

Die Genehmigungsbehörden waren bisher das größte Hemmnis beim Ausbau erneuerbarer Energien. Daher wird angeregt, auf die jeweiligen Fachämter entsprechend einzuwirken. Die konkreten Fälle mit den jeweiligen Hürden sind dem Amt bekannt.

**Vorsitzender**

Es geht darum, kontinuierlich Projekte und neue Konzepte zu entwickeln und gleichzeitig bereits in der Umsetzung zu sein.

Es ist bekannt, dass die langen Prozesse in den Genehmigungsbehörden eine Herausforderung sind. Dazu gibt es beim Land nicht umsonst bereits eine Task Force, die sich die Überarbeitung von Vorschriften und Beschleunigung von Genehmigungsprozessen zur Aufgabe gemacht hat.

Frau **Dr. Roth**

Es ist wichtig, mit dem eea weiterzumachen, auch wenn das mit viel Arbeit verbunden ist.

Dieses Tool ist sehr gut und wird den Landkreis beim Thema Klimaschutz gut voranbringen.

An der Umsetzung der Konzepterarbeitung ist man dran.

## **7.2. Integriertes Klimaschutzkonzept; Gründung und Besetzung der Steuerungsgruppe**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Kreistag fasst folgenden

### **Beschluss (einstimmig):**

- 1. Der Erstellungsprozess des Integrierten Klimaschutzkonzepts für den Landkreis Konstanz wird von einem beratenden Gremium, der „Steuerungsgruppe Klimaschutz“, begleitet.**
- 2. Der Kreistag benennt pro Fraktion eine Person für die „Steuerungsgruppe Klimaschutz“ gemäß der eingereichten Vorschlagsliste.**

#### Nachrichtlich:

<u>Fraktion</u>	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertretung</u>
CDU	Uli <b>Burchardt</b>	Bernd <b>Häusler</b>
GRÜNE	Prof. Dr. Rainer <b>Luick</b>	Saskia <b>Frank</b>
Freie Wähler	Martin <b>Staab</b>	Benjamin <b>Mors</b>
SPD	Walafried <b>Schrott</b>	Claudia <b>Weber-Bastong</b>
FDP	Dr. Georg <b>Geiger</b>	Jürgen <b>Keck</b>
DIE LINKE	Simon <b>Pschorr</b>	Dr. Sibylle <b>Röth</b>

## **7.3. Klimaneutrale Kommunalverwaltung**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Kreistag fasst folgenden

### **Beschluss (einstimmig):**

- 1. Zur Erreichung des im Klimaschutzpakt des Landes festgesetzten Zieles, einer weitgehend klimaneutralen Verwaltung bis 2040, stellt der Landkreis Konstanz „eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten für Klimaneutralität“, zunächst befristet auf 5 Jahre ein. Die Besetzung soll möglichst zur Mitte des Jahres 2022 erfolgen.**
- 2. Zur Finanzierung der Stelle beantragt der Landkreis Konstanz die Landesförderung in Höhe von 65 % der Personalkosten, ebenfalls für 5 Jahre, im Rahmen des Landesförderprogramms Klimaschutz-Plus. Die Besetzung der befristeten Stelle erfolgt unabhängig von der Förderung.**

## **7.4. Klimaschutzpreis Landkreis Konstanz; Benennung der Jury-Mitglieder aus den Fraktionen und Expertise der Energieagentur Kreis Konstanz gGmbH**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Kreistag fasst folgenden

**Beschluss (einstimmig)**

1. Der Kreistag benennt die Jury-Mitglieder für die laufende Legislaturperiode bis 2024 gemäß der eingereichten Vorschlagsliste.
2. Der Landkreis Konstanz greift bei der Besetzung der Jury ergänzend auf die externe fachliche Expertise der Energieagentur Kreis Konstanz gGmbH zurück.

Nachrichtlich

<u>Fraktion</u>	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertretung</u>
CDU	Andreas <b>Ellegast</b>	Martin <b>Schäuble</b>
GRÜNE	Prof. Dr. Rainer <b>Luick</b>	Heidi <b>Reiff</b>
Freie Wähler	Martin <b>Staab</b>	Benjamin <b>Mors</b> , Peter <b>Kessler</b>
SPD	Dr. Lina <b>Seitzl</b> , MdB	Walafried <b>Schrott</b>
FDP	Jürgen <b>Keck</b>	--
DIE LINKE	Antje <b>Behler</b>	--

**8. Einführung eines landesweit gültigen Jugendtickets (365 EUR Ticket)**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Kreistag fasst folgenden

**Beschluss (einstimmig):**

1. Die Einführung eines landesweit gültigen Jugendtickets 365 EUR wird grundsätzlich als wirksames Mittel für einen attraktiven ÖPNV begrüßt.
2. Der Landkreis ist grundsätzlich bereit, die Finanzierung des 30 % Anteils zu übernehmen. Die endgültige Klärung erfolgt entsprechend den Landesvorgaben mit den Städten mit eigenen Stadtverkehren.

**9. Neufassung Abfallwirtschaftssatzung**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Kreistag fasst folgenden

**Beschluss (einstimmig):**

1. Die Abfallwirtschaftssatzung wird gemäß Anlage neu gefasst.
2. Die Neufassung der Satzung ist öffentlich bekanntzumachen.

**10. EU-weite Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen:**

1. Sammlung, Transport und Entsorgung von Problemstoffen aus privaten Haushaltungen im Landkreis Konstanz
2. Containerstellung, Übernahme und Transport von Abfällen und Verwertung von Wertstoffen (Wertstoffhof Singen-Rickelshausen)

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht. Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

## 11. Digitalisierung im Landratsamt Konstanz

### 11.1. Digitalisierung im Landratsamt Konstanz; Umsetzungsbericht der Jahre 2020 ff.

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht. Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

### 11.2. Masterplan Digitalisierung; Roadmap für die Jahre 2022 ff.

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Kreistag fasst folgenden

#### Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der vorgelegten Roadmap die Digitalisierungsprojekte in der dort vorgeschlagenen Reihenfolge umzusetzen und regelmäßig über den Fortgang zu berichten. Jeweils zu den Haushaltsplanberatungen erfolgt eine Fortschreibung der Roadmap auf Grundlage des jeweiligen Umsetzungsstands.

## 12. Bürgerfragestunde

Der **Vorsitzende** ruft gegen 17:30 Uhr die Bürgerfragestunde auf.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

## 13. Mitteilungen

### 13.1. Verleihung „Inklusionspreis Landkreis Konstanz“

Der **Vorsitzende** berichtet. Wortmeldungen erfolgen nicht.

### 13.2. Kreishaushalt 2021; Budgetbericht zum 31. Dezember 2021 (vorläufiges Jahresergebnis)

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Best** berichtet.

Kreisrat **Kessler**

Die Verbesserung ist zwar erfreulich, allerdings hätte man sich bei der Haushaltsplanberatung einfacher damit getan, wenn man die genauen Zahlen schon zu einem früheren Zeitpunkt gekannt hätte. Die zusätzlich geflossenen Zuschüsse in Höhe von 3,3 Mio. EUR sind sicher nicht erst am 31. Dezember 2021 eingegangen.

Herr **Best**

Wären die 3,3 Mio. EUR früher bekannt gewesen, hätte die Verwaltung diese auch früher bei

der Haushaltsplanberatung berücksichtigt. Hier wurden keine Informationen zurückgehalten.

#### **Vorsitzender**

Alles, was der Verwaltung an Verbesserungen bekannt ist, wird auch unmittelbar mit eingeplant.

### **14. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**

#### **14.1. Gründung eines Aufgabenträgerverbundes ÖPNV; Auftrag an Verwaltung, mit Städten über Beteiligung zu verhandeln**

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Technische und Umweltausschuss die Verwaltung in seiner letzten Sitzung am 7. Februar 2022 beauftragt hat, mit den Städten über eine Einigung zur Beteiligung am Aufgabenträgerverbund und die Integration der Stadttarife zu verhandeln.

Auf Anregung von Kreisrat **Dr. Geiger** wurde dieser Beschluss abschließend im Technischen und Umweltausschuss gefasst.

#### **14.2. Schwarzwaldbahn - aktuelle Situation; Bitte Kreisrat Dr. Geiger**

Kreisrat **Dr. Geiger** spricht die aktuell chaotische Situation auf der Schwarzwaldbahn an und bittet die Verwaltung, umgehend beim Verkehrsministerium vorstellig zu werden und die Einhaltung des Fahrplans durch die DB einzufordern.

In den vergangenen Monaten hatten wir schon Zugausfälle und Schienenersatzverkehr auf der Schwarzwaldbahn durch krankheitsbedingte Ausfälle beim Zugpersonal durch die Corona-Pandemie. Dies ist nicht vorhersehbar.

Vorhersehbar ist aber, dass die Räder des Wagenmaterials eine Abnutzung erfahren. Dass aber am vergangenen Freitag ohne große Vorankündigung die Fahrzeugflotte wegen Abnutzung der Räder mit der Folge einer Ausdünnung des Fahrplans abgezogen wurde, ist nicht akzeptabel. Für die Bahnkunden nicht, für die FDP-Fraktion nicht und auch für den Landkreis nicht. Erschreckend dabei ist, dass die Grenzwerte und Grenzbereiche des Abriebs bereits überschritten sind. Die Bahn ist nicht in der Lage, durch Bereitstellung von ausreichenden Ersatzfahrzeugen den Fahrplan bzw. den Takt einzuhalten.

Der **Vorsitzende** sichert dies zu.

#### **14.3. Weitere Beschlussfassung Berufsschulzentrum Konstanz; Antrag FW-Fraktion**

Kreisrat **Staab** teilt mit, dass die FW-Fraktion den Antrag gestellt hat, über das Budget des Berufsschulzentrums in der nächsten Sitzung des Kreistags zu beraten, da sich in der vergangenen Zeit Entwicklungen größerer Natur ergeben haben.

Über die erheblichen Kostensteigerungen kann der Bauausschuss nicht alleine entscheiden. Der Kreistag sollte in diesem großen Projekt weiterhin stark mit eingebunden werden, was der **Vorsitzende** bereits zugesichert hat.

Ggf. sollte dieses Thema auch schon bei der Prioritätensetzung in der Klausurtagung des Kreistags am 25. April 2022 Berücksichtigung finden.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass es bereits so geplant ist, das Thema in der Sitzung des Kreis-

tags am 30. Mai 2022 zu beraten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 18:05 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

\_\_\_\_\_  
Zeno Danner

**Für den Kreistag:**

\_\_\_\_\_  
Wolfgang Müller-Fehrenbach

\_\_\_\_\_  
Claus-Dieter Hirt

**Für das Protokoll:**

\_\_\_\_\_  
Vera Hoffmann